

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 1 (1973)

DOI: 10.11588/fr.1973.0.46212

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Handbuch der Europäischen Geschichte, hrsg. von THEODOR SCHIEDER, Bd. 6: Europa im Zeitalter der Nationalstaaten und europäischen Weltpolitik bis zum Ersten Weltkrieg, hrsg. von THEODOR SCHIEDER, Stuttgart 1968, Union Verlag, XVII-656 S. 8°

Der Kölner Historiker Theodor Schieder hat sich mit der Herausgabe des siebenbändigen »Handbuchs der Europäischen Geschichte« ein Ziel gesetzt, das im deutschen Sprachraum keine gleichwertigen Vorbilder hat, es sei denn, man greift auf Heerens »Handbuch der Geschichte des europäischen Staatensystems« von 1809 oder auf Heeren-Ukerts »Geschichte der europäischen Staaten« 1829 ff. zurück. Schieder will in seinem Handbuch eine Gesamtdarstellung der europäischen Geschichte seit dem Ausgang der Antike bieten, eine Brücke von der National- zur Universalgeschichte. Methodisch lehnt er sich an Gebhardts bewährtes »Handbuch der Deutschen Geschichte« an, das im gleichen Verlag erscheint. Unter der Gesamtleitung Theodor Schieders werden die Bände von jeweiligen Sachkennern herausgegeben, die für eine Zusammenschau der europäischen Geschichte des entsprechenden Zeitraumes sorgen. Mit Band 6, von Theodor Schieder selbst herausgegeben, ist 1968 der erste Band dieses neuen Handbuchs erschienen. Im ersten Teil zeigt Schieder die politischen und sozialen Erscheinungen Europas von 1870 bis 1918 über die Landesgrenzen hinweg auf, während im Teil B: »Die europäischen Mächte und Staaten« von verschiedenen Autoren dargestellt werden.

Theodor Schieders Zusammenschau (A. Europa im Zeitalter der Nationalstaaten und europäischen Weltpolitik bis zum I. Weltkrieg [1870 bis 1918] S. 1-196) stellt gleichsam die Quintessenz der in diesem Band analysierten Fragen dar – reich an Fakten und Literaturhinweisen und doch in flüssigem Stil und prägnanter Ausdrucksweise. Die europäische Geschichte erscheint hier nicht als Addition verschiedener Staatengeschichten, sondern als Überblick über ein Europa, dessen große Generalthemen übernationaler Natur sind: das Vordringen der Demokratie und ihrer Verfassungsreformen, die sozialen Prozesse seit der industriellen Revolution, die nationalstaatliche Bewegung. Schieder definiert das ausgehende 19. Jahrhundert in Europa als ein »Übergangs- und Durchgangszeitalter« (S. 3), das 19. Jahrhundert, das erst durch das Erlebnis des Ersten Weltkriegs abgeschlossen wurde, insgesamt als ein »Zeitalter der Antinomien« (S. 4), der mangelnden Stileinheit, des Nebeneinander großer politischer Bewegungen (Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus), der Diskrepanz zwischen äußerer Ruhe und Sicherheit und innerer, untergründiger Spannung. In gesonderten Abschnitten beschreibt er Ursachen und Folgen von Bevölkerungswachstum, Wanderungsbewegungen und weltwirtschaftlichen Wandlungen, beschäftigt sich mit der Verfassungspolitik, dem



Nationalstaat, dem europäischen Staatensystem, dem Imperialismus sowie der Europäischen Kultur der Jahrhundertwende und schließt mit einer Erörterung des Ersten Weltkriegs ab. Wirtschafts- und Kulturgeschichte treten hinter der politischen Geschichte zurück, was im Rahmen dieses Handbuchs gerechtfertigt erscheint. Weit problematischer erweist sich die strenge Beschränkung auf Europa und speziell auf Kerneuropa in einer Zeit zunehmender weltpolitischer Verflechtungen, in den Jahren des Aufstiegs neuer Großmächte. Zumindest hätte man eine stärkere Hervorhebung Rußlands erwartet. Da sich das Handbuch in erster Linie an deutsche Leser richtet, steht die Geschichte des Deutschen Reiches in Schieders Betrachtung im Vordergrund, wird aber durchaus sehr kritisch gesehen. Die Situation Frankreichs erfährt stets ausreichende Berücksichtigung. So kommt die Besonderheit des französischen Verfassungssystems der Dritten Republik deutlich zum Ausdruck, wie sie sich in der »Herrschaft parlamentarischer Oligarchien« (S. 19) ohne gleichwertige Gegengewichte plebiszitärer oder autoritär-präsidialer Art auswirkte. Die konsequente Politik Frankreichs, aus der außenpolitischen Isolation herauszufinden und eine Revision des Vertrags von 1871 zu erreichen, wird klar dargestellt (S. 55 f.), außerdem Ferrys Politik des »*rapprochement*« auf dem Weg über die Kolonialpolitik (S. 71 f.), die Krieg-in-Sicht-Krise von 1875 (S. 63), die Boulangerkrise (S. 73) u. v. a.

Von den Einzeluntersuchungen in Teil B des Bandes<sup>1</sup> seien jene herausgegriffen, die sich mit der Geschichte Frankreichs, der Schweiz und der Beneluxländer befassen.

Der frühere Professor für Rheinische Landesgeschichte in Bonn und jetzt in Münster lebende Emeritus Franz Petri liefert den Beitrag: »Bel-

<sup>1</sup> Teil B enthält außer den zu besprechenden Kapiteln: § 12 Deutschland als Kaiserreich (1871–1918) von Karl Erich BORN, S. 197–230; § 14 Großbritannien von den Reformen Gladstones bis zum Ende des 1. Weltkriegs (1867–1918) von Paul KLUKE, S. 269–308; § 15 Rußland vom Krimkrieg bis zur Oktoberrevolution (1856–1917) von Georg von RAUCH, S. 308–352; § 16 Österreich-Ungarn vom ungarischen Ausgleich bis zum Ende der Monarchie (1867–1918) von Adam WANDRUSZKA, S. 353–399; § 17 Italien von der Begründung des Nationalstaats bis zum Ende des 1. Weltkriegs (1870–1918) von Ernst NOLTE, S. 400–432; § 18 Die skandinavischen Staaten vom Deutsch-Dänischen Krieg bis zum Ende des 1. Weltkriegs (1864–1918) von Hermann KELLENBENZ, S. 433–464; § 21 Die iberischen Staaten von 1875 bis zum 1. Weltkrieg (1875–1917) von Richard KONETZKE, S. 503–538; § 22 Das Osmanische Reich vom Berliner Kongreß bis zu seinem Ende (1878–1920/22) von Gotthard JÄSCHKE, S. 539–546; § 23 Die Staaten Südosteuropas (Bulgarien, Serbien, Rumänien, Montenegro, Albanien) vom Berliner Kongreß bis zum Ausgang des 1. Weltkriegs (1878–1918) von Gotthold RHODE, S. 547–609; § 24 Griechenland vom Beginn der Dynastie Glücksburg bis zum Frieden mit der Türkei (1863–1923) von Ehrengard SCHRAMM – von THADDEN, S. 610–617.

Die Problematik in diesem Teil des Bandes liegt darin, daß sich Überschneidungen, Wiederholungen und gar gegensätzliche Auffassungen, angesichts der Verteilung des Stoffs auf verschiedene Autoren, nicht vermeiden ließen. Dennoch ist dieses System einer Darstellung durch einen einzigen Autor vorzuziehen.



gien, Niederlande, Luxemburg von der Krise 1867 bis zum Ende des I. Weltkriegs (1867–1918)« (S. 465–493). Die angeführte Literatur ist reichhaltig und gut ausgewählt, die Materie in sachlichem Stil sehr ausführlich dargestellt.<sup>2</sup> Petri weist auf die verhältnismäßig rege außenpolitische Tätigkeit Belgiens und die Zurückhaltung Hollands den Belangen des Kontinents gegenüber hin; die Interessen der Niederlande richteten sich auf den Welthandel und die koloniale Betätigung. Den Kompensationsforderungen Napoleons III. auf die Machtausdehnung Preußens, die in den 60er Jahren für den gesamten belgisch-niederländisch-luxemburgischen Bereich eine Periode erhöhter außenpolitischer Spannung zur Folge hatten, und von denen seit dem Ende des Deutschen Bundes Luxemburg besonders bedroht war, wird ein breiter Raum gewidmet. Überhaupt steht das Bemühen der Beneluxländer, ihre Neutralität zu wahren, immer wieder im Mittelpunkt der Untersuchung Petris. So trat König Leopold II. von Belgien energisch für größere Militäranstrengungen seines Landes ein, die ihre Rechtfertigung u. a. durch die Gerüchte über den Schlieffenplan erhielten. Zwischen Luxemburg und dem Deutschen Reich kam es allerdings nach 1871 zu einer wachsenden Verstärkung der politischen und wirtschaftlichen Bindungen; als 1871 das deutsche Zollgebiet und das Deutsche Reich zusammenfielen, hielt Luxemburg an der Zollunion fest; 1872 wurde die luxemburgische Eisenbahn von Deutschland übernommen (zuvor bei Frankreich).

Von der innenpolitischen Entwicklung, wie sie sich besonders in der Schulfrage, dem Demokratisierungsprozeß, der sozialen Frage und der Wirtschaftsentwicklung artikuliert, zeichnet der Verfasser ein klares Bild. Während in Belgien Liberalismus und Industrialisierung früh Fuß faßten, hinkten die Niederlande und Luxemburg in dieser Hinsicht nach. Alle drei Länder erlebten einen Kulturkampf, der die Schule dem kirchlichen Einfluß entziehen sollte. Überall erlitten die Liberalen jedoch Rückschläge, so daß die kirchenfeindliche Schulgesetzgebung wieder revidiert werden konnte. Unter dem Druck der Sozialisten und der fortschrittlichen Liberalen wurde in Belgien 1893 das allgemeine Wahlrecht (zuvor Zensusprinzip) eingeführt, in Holland erst 1917 (für Männer, 1919 auch für die Frauen) und zwar auf Betreiben der Arbeiter und Konservativen gegen die Liberalen.

Eigene Abschnitte gehen auf den Ersten Weltkrieg ein, währenddessen die Niederlande ihre Neutralität wahren konnten, jedoch einen rapiden Rückgang des Handels hinnehmen mußten. Luxemburg wurde bereits am

---

<sup>2</sup> PETRI geht weit ausführlicher als die übrigen Autoren auf die Diskussion der Forschung und auf diverse Einzelheiten ein. Das ist an sich zu begrüßen, geht aber fast über den Handbuchcharakter hinaus. Auf der anderen Seite wäre bisweilen eine Verbindung der Geschichte der Beneluxländer PETRIS Nebeneinander der Darstellung vorzuziehen.



2. August 1914 von deutschen Truppen besetzt, erachtete seine Neutralität indes nur als verletzt, nicht als beseitigt. Ausführlich kommt Petri auf die Verletzung der belgischen Neutralität, die Kontroverse um die deutschen Vergeltungsmaßnahmen gegenüber belgischen Einwohnern sowie die deutsche Verwaltung im Etappengebiet und im Generalgouvernement (etwa v. Bissings Flamenpolitik) zu sprechen.

Der Gießener Professor Peter Stadler, ein Zürcher, verfaßte § 20 des 6. Bandes: »Die Schweiz von der Verfassungsrevision 1874 bis zum I. Weltkrieg (1874–1919)« (S. 494–502). Auf sechs Seiten Text und drei Seiten Literatur gelingt dem Verfasser eine knappe Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse und Entwicklungslinien der Schweiz jener Jahre. Nachdem sich die Schweiz nach 1871 von lauter Großmächten umgeben sah, schritt sie zu Reformen, deren wichtigste die Verabschiedung der Bundesverfassung von 1874 war; damit wurde eine Neuorganisation des Militärwesens verbunden, das fortan Sache des Bundes war. Auch die Schweiz erlebte einen Kulturkampf, der besonders die Schulen sowie die kirchlichen Orden und Organisationen betraf. Das Wahlrecht wurde ausgedehnt (durch Einführung des Initiativrechts und später des Proporzverfahrens) und eine Sozialgesetzgebung angebahnt (Nov. 1918 Einführung der 48-Stunden-Woche). Die größten Eisenbahnlinien wurden in eidgenössischen Besitz überführt (bis 1909).

Stadler fächert die verschiedenen politischen Gruppierungen auf, unter denen die Liberalen bis zur Einführung des Proporzverfahrens dominierten, die Katholiken hingegen erst über die 1894 gegründete Kath. Volkspartei an Einfluß gewannen.

Außerdem geht der Verfasser auf die Umstellung der Landwirtschaft auf Vieh- und Molkereiwirtschaft, auf die Spezialisierung der Industrie auf hochwertige Exportartikel sowie auf die Ausbreitung des Fremdenverkehrs ein.

Während des Ersten Weltkrieges konnte die Schweiz ihre Neutralität wahren, erlebte jedoch insofern eine Krise, als sich der Graben zwischen Deutsch und Welsch zusehends vertiefte.

Stadlers Landsmann, Professor Rudolf von Albertini (Zürich), übernahm § 13: »Frankreich: Die Dritte Republik bis zum Ende des I. Weltkriegs (1870–1918)« (S. 231–268). Er vermittelt ein abgerundetes Bild der Grundprobleme und Entwicklungstendenzen Frankreichs und fundiert seine Darstellung durch Hinweise auf die wichtigste Literatur. Albertini setzt mit der französischen Niederlage bei Sedan und der Bildung der Regierung der Nationalen Verteidigung ein, die von der Pariser Bevölkerung unterstützt wurde und am 4. November 1870 die Republik proklamierte. Während die Nationalversammlung vom Februar 1871 in Bordeaux eine eindeutig monarchistisch-konservative Mehrheit aufwies, bil-



dete sich in Paris unter der Leitung der radikalen Linken die Kommune. Albertini stellt hier sowie bei vergleichbaren Gelegenheiten die Unterschiede zwischen der Hauptstadt und der Provinz heraus. In einem gesonderten, gut gelungenen Abschnitt über die Kommune betont Albertini, daß diese weniger auf eine sozialistisch-kommunistische Revolution als auf die »*démocratie directe*« und einen auf der Assoziation beruhenden gesellschaftlichen Umbau hinzielte, daß sie eben von der revolutionären Tradition Frankreichs (1789, 1830, 1848) geprägt war und nicht als Vorbote der Revolutionen des 20. Jahrhunderts zu sehen ist. Ihre Niederwerfung durch Thiers und die Nationalversammlung wertet der Verfasser sehr richtig als Probestück dafür, daß die gemäßigte De-facto-Republik für Ordnung und Privateigentum einzutreten und die »rote Gefahr« zu bannen imstande war. Den Konservativen wurde somit die Versöhnung mit der Republik erleichtert. Ein weiterer Grund für die rasche Etablierung der Republik bestand sodann, wie Albertini deutlich macht, im Unvermögen der Monarchisten und Konservativen, sich zu einigen. Nachdem die Verfassung von 1875 noch als Kompromiß zwischen Republikanern und Konservativen gelten kann, wurden die Konservativen zusehends in die Defensive gedrängt. Gambetta, der republikanische Führer des Klein- und Mittelbürgertums, erreichte durch seine systematischen Propagandareisen in der Provinz deren fortschreitende Republikanisierung (Albertini S. 238: »Vielleicht war dies das entscheidende Faktum dieser Jahre.«). Schon 1876 wies die Deputiertenkammer eine republikanische Mehrheit auf. Das Bild änderte sich nur unwesentlich, als der konservative Präsident MacMahon am 16. 5. 1877 die Kammer aufgelöst und Neuwahlen festgesetzt hatte; das Recht der Kammerauflösung hatte sich als Staatsstreichversuch kompromittiert und wurde späterhin nicht mehr angewandt. Die Konservativen mußten ihre Restaurationshoffnungen aufgeben; MacMahon trat am 30. 1. 1879 zurück und machte dem gemäßigten Republikaner Jules Grévy Platz.

Albertini macht auf das geringe Bevölkerungswachstum Frankreichs im Vergleich mit anderen europäischen Staaten aufmerksam, auf die Anziehungskraft der Stadt und der damit verbundenen Entvölkerung ganzer Landstriche, auf die Vorherrschaft der industriellen Klein- und Mittelbetriebe (das politische Regime unterstützte ja die »*petits*«) und auf die südlich der Loire schwach entwickelte Landwirtschaft. Die französische Wirtschaftslage war bei Beginn des Ersten Weltkriegs zwar gesund, Frankreich war jedoch wirtschaftlich von Deutschland längst überflügelt worden.

Ein eigener Abschnitt analysiert die Arbeiterbewegung, die einen anderen Weg einschlägt als etwa jene Deutschlands oder Englands. Die für Frankreich spezifischen »*Bourses du Travail*« mit ihrer Distanzierung von



Staat und politischen Parteien schlossen sich 1895 mit den Gewerkschaften zur »*Confédération Générale du Travail*« (CGT) zusammen, in der die syndikalistische Richtung dominierte mit ihrem Mißtrauen gegenüber staatlichen Sozialisierungsmaßnahmen. Im französischen Sozialismus blieb die Tradition eines Proudhon und Blanquis lebendig, wogegen der Marxismus erst spät Fuß fassen konnte. 1893 gelang mit der Wahl von 50 Abgeordneten, darunter Alexandre Millerand und Jean Jaurès, der große parlamentarische Durchbruch. Der Eintritt Millerands 1899 in das Kabinett Waldeck-Rousseau löste heftige Richtungskämpfe innerhalb des französischen Sozialismus aus: Guesde wehrte sich gegen eine Beteiligung der Sozialisten an der Regierung, Jaurès vertrat die gegenteilige Auffassung.<sup>3</sup> Wenn auch die Internationale 1904 den Reformismus verurteilte, wenn auch Jaurès beim Zusammenschluß der französischen Sozialisten 1905 (SFIO) die Verbindung mit den Radikalsozialisten lösen mußte, hat sich der Reformismus eines Jaurès schrittweise durchgesetzt.

Die Ausführungen Albertinis über die Parteien und das Parlament, die auf Spezialuntersuchungen des Autors zu diesen Fragen fußen, sind ausgezeichnet. Danach bestimmte sich die Haltung des Wählers weniger nach den Parteien, deren Bezeichnungen und Programme unklar waren, als nach der »*tendance*«: man gehörte zum »*parti de l'ordre*« oder zum »*parti du mouvement*«, etwas polemischer ausgedrückt: zur »*réaction*« oder zur »*défense républicaine*«. Die Organisationen der Parteien waren schwach, die Fraktionsverhältnisse im Parlament fließend. Markanten Persönlichkeiten, die von Albertini jeweils treffend charakterisiert werden, kam ausschlaggebende Bedeutung zu. Die häufigen Regierungswechsel bewirkten kaum Kurswechsel, so daß eine Stabilität in der Politik und im republikanisch-parlamentarischen System gewahrt blieb.

Der »opportunistischen« Republik (1879–1898), in welcher die Republikaner Gambettascher Prägung den Ton angaben, ist ein eigener Abschnitt gewidmet.<sup>4</sup> Albertini führt die Führungsübernahme in Parlament und Verwaltung durch die »*nouvelle couche sociale*« deutlich vor Augen, ein Führungswechsel, der weder auf einen Schlag noch vollständig vollzogen worden ist: der starke Einfluß des Großbürgertums etwa in den Bereichen der Wirtschaft und Finanzen blieb ebenso erhalten wie jener des Adels im Westen Frankreichs und in der Armee.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Th. SCHIEDER bezeichnet S. 48 Millerands Eintritt in die Regierung als »ein wichtiges Datum des europäischen Sozialismus«.

<sup>4</sup> Dieser Abschnitt behandelt in chronologischem Ablauf eine Fülle verschiedener wichtiger Ereignisse und Erscheinungen in gedrängter Form; eine gewisse Zerrissenheit ist dabei unvermeidlich; ähnlich verhält es sich bei Abschnitt g) »Die radikale Republik (1899 bis 1914)«.

<sup>5</sup> Die Behauptung ALBERTINIS, »um 1880 hat Frankreich das seiner Gesellschaftsstruktur und politisch-geistigen Tradition entsprechende Regime gefunden« (S. 239), ist zu pau-



Einen breiten Raum nehmen die Passagen über die einschneidende Gesetzgebung im liberal-demokratischen Sinn – allen voran die Schulgesetzgebung Jules Ferrys – und die katholisch-konservative Gegenposition ein. Da sich die Kirche nach 1870 eng mit den monarchistisch-konservativen Kräften verbündet hatte, mußte sie einerseits deren Rückschläge mitmachen und trieb andererseits den Republikanismus in einen verbissenen Antiklerikalismus. Die Republik schien nur unter Ausschaltung des kirchlichen Einflusses gesichert, der sich vor allem im schulischen Bereich kundtat. Ferry ging so weit, den kirchlichen Einfluß in der Schule nicht nur auszuschalten, sondern einen antireligiösen Unterricht zu schaffen; die Lehrerschaft rückte politisch allmählich nach links; *instituteur* und *curé* hielten bis in den lokalen Bereich hinein »den Graben zwischen den ›beiden Frankreich‹ offen« (S. 241). Papst Leo XIII. suchte durch seine Enzyklika »*Inter sollicitudines*« (Febr. 1892) die Katholiken Frankreichs zur Anerkennung der Republik zu bewegen, hatte aber nur wenig Erfolg: Die Republikaner blieben mißtrauisch, der Episkopat zögernd bzw. ablehnend. Die Auseinandersetzungen trieben unter den Radikalsozialisten einem Höhepunkt zu, als Emile Combes das Assoziationsgesetz von 1901 zum verschärften Kampf gegen die Kirche und deren Organisationen benutzte; 1904 wurde Ordensmitgliedern endgültig jeglicher Schulunterricht verboten; im selben Jahr kam es zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und dem Vatikan, am 9. 12. 1905 zur Trennung von Staat und Kirche. Die Kirche hat sich mit der neuen Situation rasch abgefunden und stellte sich um; sie entledigte sich der gallikanischen Tradition und baute neue Organisationen auf.

Außenpolitisch wandte sich Frankreich während der Bismarckzeit vornehmlich der Kolonialpolitik zu.<sup>6</sup> Das Anwachsen des revanchistischen Patriotismus nach 1885, verkörpert etwa in der Persönlichkeit des Kriegsministers Boulanger, der Panamaskandal sowie ganz besonders die Dreyfus-Affäre werden von Albertini in ihrer Bedeutung für das politische Leben Frankreichs aufgezeigt. Das Fehlurteil gegen den jüdischen Hauptmann Alfred Dreyfus (1894) wurde der politischen Linken unter Clemenceau Anlaß, die militärischen Instanzen und indirekt die Regierung

---

schal gefaßt und bedarf einer differenzierenden Einschränkung; man denke nur an die harten Auseinandersetzungen der Regierung etwa mit den Katholiken und Konservativen, die schließlich auch zur franz. Gesellschaft gehörten und das politische Regime nicht akzeptieren wollten.

<sup>6</sup> Es bleibt nachzutragen, daß es in Frankreich vornehmlich die geographischen Gesellschaften waren, die die Kolonialpolitik aktivierten. Außerdem sollte der Hinweis auf die Berliner Kongo-Konferenz vom Nov. 1884 bis Febr. 1885 nicht fehlen, die im Zusammenhang mit der von Ferry Deutschland gegenüber verfolgten Politik des *rapprochement* steht. Das S. 248 Nr. 13 angekündigte Werk H. SIEBERGS über »Eugène Etienne und die franz. Kolonialpolitik« ist 1968 erschienen.



anzuklagen (Emile Zolas offener Brief in der »Aurore« vom 13. 1. 1898: »*J'accuse!*«) und die Rehabilitierung von Dreyfus zu erreichen. Die Massenpresse, die eine Demokratisierung der öffentlichen Meinung ankündigte, trat dabei als neue Macht in Erscheinung. Die politischen Gruppierungen verhärteten sich in zwei gegnerischen Blöcken: Auf der einen Seite standen die konservative Rechte sowie nationalistische und antisemitische Strömungen. Auf der anderen Seite traten die republikanisch-radikalen Politiker und bedeutende Presseorgane für Dreyfus und darüber hinaus für die Wahrung der Menschenrechte ein. Die konservative Rechte war erneut kompromittiert, rückte aber nicht von ihrer feindlichen Haltung gegenüber der Republik ab. Die Radikalsozialisten, die das kleine und mittlere Bürgertum, zum Teil auch die Bauern und Intellektuellen (die »*petits*«) repräsentierten, gelangten 1899 an die Macht, führten aber, wie Albertini zeigt, den »Opportunismus« Gambettas und Ferrys fort. Seit der Marokkokrise 1905 ist in Frankreich ein »*réveil national*« nachzuweisen, der sich 1913 unter Poincaré noch steigerte. Man fühlte sich von Deutschland gefährdet und unternahm größere Anstrengungen auf militärischem Gebiet (verlängerte Wehrpflicht, militärische Absprachen). Albertini betont, daß man nicht von einer allgemeinen Revanche-Stimmung sprechen könne, die auf die Rückgewinnung der verlorenen Gebiete zielte, sondern daß dieser Nationalismus »an einem seiner inneren Stärke und Sendung bewußten Frankreich« orientiert war (S. 261). Ausführlich wird der »integrale Nationalismus« eines Maurice Barrès, eines Charles Maurras und der »Action Française« behandelt.

Das fruchtbare kulturelle Leben um die Jahrhundertwende – Natur- und Geisteswissenschaften, Literatur und Bildende Kunst – wird kurz gestreift,<sup>7</sup> jene belle époque der Dritten Republik »mit ihrer gesellschaftlichen Stabilität und bürgerlichen Lebenswelt, aber auch mit ihrer geistigen Unruhe, Experimentierfreudigkeit und mit höchsten künstlerischen Leistungen« (S. 263).

In einem letzten Abschnitt wendet sich Albertini dem Ersten Weltkrieg zu, in welchem sich das französische Volk ebenso angegriffen fühlte wie das deutsche. Eine patriotische Woge entstand, Poincaré sprach von der »*union sacrée*« (4. 8. 1914), das Kabinett wurde noch im August 1914 in eine Regierung der *Défense nationale* umgeformt, der auch zwei Sozialisten angehörten (u. a. Jules Guesde). Das Parlament gestand der Regierung zwar umfassende Vollmachten zu, ließ sich jedoch nicht völlig von seiner Kontrollfunktion ausschalten. Die Zivilgewalt verteidigte

<sup>7</sup> Da im internationalen Vergleich besonders von letzterer eine bahnbrechende, prägende Kraft ausging, wäre eine stärkere Hervorhebung erwünscht, wenn auch für eine eingehendere Beschäftigung auf die kunstgeschichtliche Literatur verwiesen werden muß.



ihrerseits ihre Rechte energisch gegenüber den Militärs; besonders Clemenceau, seit November 1917 Ministerpräsident, wußte sich gegenüber Marschall Foch zu behaupten.

Albertini geht auf die Kriegszieldiskussion ein, die erst in Gang kommt, da die Archivalien noch nicht lange zugänglich sind; die Rückgewinnung von Elsaß-Lothringen galt jedenfalls als *conditio sine qua non* von möglichen Friedensverhandlungen.

Der Gesamteindruck des 6. Bandes berechtigt zu der Hoffnung, daß Schieders »Handbuch der Europäischen Geschichte« eine bevorzugte Stellung unter den historischen Standardwerken einnehmen wird.

Franz MENGES, Paris–München

J. David SINGER (Hg.), *Quantitative International Politics: Insights and Evidence* (International Year Book of Political Behavior Research, Vol. VI) New York, The Free Press 1968, XIII, 394 S. 8°

Seit der Krieg als Atomkrieg nicht mehr nur vorübergehend den Frieden sondern die Fortdauer der menschlichen Existenz überhaupt bedroht, gehört die Konfliktforschung – im gesellschaftlichen und innenpolitischen wie zwischenstaatlichen Bereich – mit dem Ziel der Konfliktkontrolle zum gemeinsamen Aufgabenbereich der Sozialwissenschaften im weitesten Sinn. Es gilt, dem »*si vis pacem para bellum*« eine Analyse der Ursachen von Krisen und Kriegen entgegenzusetzen und aus dem historischen und aktuellen Material Kriterien zu gewinnen, die in der wissenschaftlich-technischen Welt vielleicht – so der optimistische Ausblick – eine rationalere Handhabung der Mittel im Bereich der Politik ganz allgemein und insbesondere auf außenpolitischem Sektor erlauben. Hier versucht die noch junge Disziplin der Friedensforschung, die die Kooperation von Politologie und Historie, Soziologie und Psychologie, Ökonomie und Jurisprudenz anstrebt, um das Problem in allen seinen Aspekten durchdringen zu können, einen Beitrag zur Friedenssicherung zu leisten. Einen Überblick über ihre Methoden und ersten Ergebnisse bietet der von Ekkehart Krippendorff herausgegebene Sammelband<sup>1</sup>, auf den verwiesen sei, zumal er in deutscher Übersetzung Autoren vorstellt, die auch an der hier anzuzeigenden amerikanischen Aufsatzsammlung mitgearbeitet haben. Der von J. David Singer, Professor am »Mental Health Research Institute« der

<sup>1</sup> KRIPPENDORFF, Ekkehart (Hrsg.): *Friedensforschung* (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 29), Köln–Berlin 1968.